zu bringen und dessen Entscheidungen den Personen mitzuteilen hat. Die Machtstellung des Referendars engte den Wirkungskreis des Hofrats ein. Die unter seinen Vorgängern schon angebahnte Umwandlung des Rats in ein Hofgericht nimmt nach Ansicht des Verfassers unter Karl IV. deutlichere Gestalt an. Da Karl IV., wie auch Heinrich VII. seinen Rat öfters an einem Ort abgehalten hat, den er als Kammer bezeichnete, tritt unter seinen Nachfolgern dieses Ratsgericht als Kammergericht in die Erscheinung. Diese Auffassung über die Entstehung des königlichen Kammergerichts bedarf noch gründlicher Nachprüfung.

In einem Schlußkapitel verbreitet sich der Verfasser über den Gegensatz von „Kronrat zu delegiertem Rate“, der Einsetzung eines Rates zur Stellvertretung der Person des Herrschers. Da aber der Verfasser selbst hier hauptsächlich nur einen Unterschied bezüglich der Form, nicht des Wirkungskreises anerkennt, so hätte von einer Behandlung in einem besonderen Kapitel wohl abgesehen werden können.

Daß der Kronrat auf den Römerzügen der Staufer wie der Luxemburger etwas anderes als in der deutschen Heimat war und daß im fremden Lande sich der Kreis der Ratgeber verengert, ist richtig. Der Auffassung (von Kern in den Göttingischen Gelehrten Anzeigen 1910 S. 593), daß er sich durch die Einseitigkeit der Regierungsmaßnahmen dem Wesen des Kriegsrats genähert habe, vermag ich nicht beizupflichten.

Es ist ein spröder Stoff, dessen der Verfasser Herr zu werden versucht. Mit großem Fleiße hat er seine Untersuchung auf der breiten Grundlage eines reichen Quellenmaterials aufgebaut. Leider fehlt eine straffe Führung der Untersuchung, die den leitenden Grundgedanken in voller Schärfe hervortreten läßt. Manche schwer verständliche Sätze und unschöne Ausdrücke stören die Lektüre.

Jena.

Eduard Rosenthal.

Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der rheinischen Städte. (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde XXIX.)

Bergische Städte. II. Blankenberg. Bearbeitet von Dr. E. Kaeber. Deutz. Bearbeitet von Dr. B. Hirschfeld. Bonn, P. Hansteins Verlag, 1911. XXV und 285 S. 8°.

Kurkölnische Städte. I. Neuß. Bearbeitet von Dr. Friedr. Lau. Bonn, P. Hansteins Verlag, 1911. XXIV, 183* und 511 S. 8°.

In den beiden vorliegenden Bänden nimmt die Quellenpublikation zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der rheinischen Städte einen

guten Fortgang. Die Reihe der Bergischen Städte, die mit Siegburg eröffnet war (vgl. die Anzeige in dieser Zeitschrift Bd. 29 Germ. Abt. S. 351 ff.), wird mit Blankenberg und Deutz weitergeführt. Eine neue, die wichtigste Reihe — Kurkölnische Städte — setzt mit Neuß vielversprechend ein. Die Editionsgrundsätze, über die in dieser Zeitschrift (a. a. O.) berichtet wurde, sind auch in diesen beiden Bänden, bis auf kleine bei Blankenberg aus dem geringen Quellenbestand sich ergebende Abweichungen, sorgfältig eingehalten. Sie haben sich auch hier bewährt. Bei Neuß hätte das mit dem Sachregister verbundene Glossar noch etwas ausgiebiger sein sollen. Auch hätte ich dort gern ein Verzeichnis der in der Einleitung abgekürzt zitierten Werke und Archivalien gefunden; es würde zugleich eine Übersicht über die lokalgeschichtliche Literatur geboten haben. Doch das sind untergeordnete Desiderien, die gegenüber der Vortrefflichkeit des Ganzen keine Rolle spielen.

Der Band über Neuß überragt an Umfang und Interesse erheblich die beiden anderen Editionen. Er ist von besonders kundiger Hand besorgt. Die Einleitung ist recht ausführlich, ist, insofern sie nicht bloß die folgenden Texte, sondern auch viel ungedruckt gebliebenes Material verarbeitet, eine wertvolle Ergänzung der Edition und bereichert, zumal da Neuß natürlich auf das stärkste von Köln aus beeinflußt war und gerade Friedrich Lau diese Beziehungen besonders eindringend zu behandeln versteht, unser rechts- und wirtschaftsgeschichtliches Wissen auch in allgemeinerer Hinsicht.

Die Verfassungsgeschichte der alten, aus einem Kastell herausgewachsenen Römerstadt, wie sie Lau erzählt, kennzeichnet sich vornehmlich durch zweierlei. Stärker als anderswo behauptete sich, obwohl es auch hier an Kämpfen nicht gefehlt hat, das Regiment des Stadtherrn, des Kölner Erzbischofs, dessen Beamter der Schultheiß, seit der straff die Zügel wieder anziehenden Polizeiordnung von 1590 der Vogt war. Und andauernder erhielt sich, wohl im Zusammenhang damit, in den städtischen Kollegien eine Patriziatsherrschaft, die im Grunde erst durch die französische Eroberung im Jahre 1794 ihr Ende fand. Der Stadtrat ist in Neuß deutlich durch Angliederung an das alte Schöffenkolegium entstanden. Er bewahrte das Merkmal dieser seiner Herkunft ununterbrochen in dem Dualismus der in ihm vereinigten Kollegien, des sich selbst ergänzenden Kollegiums der *scabini* und des aus der gleichen Anzahl bestehenden Kollegiums der *officiati* oder *consules*, dessen Vakanzen durch gemeinschaftliche Wahl der übrigen Mitglieder und der „*universitas oppidi Nussiensis*“ erledigt wurden. Die scharfe Durchführung dieses Dualismus — der Ausdruck „*consules*“ neben den *scabini* taucht bereits einige Jahre vorher (1255) in der Beitrittsurkunde der Stadt Neuß zum rheinischen Städtebund auf (Texte S. 44) — war stadtherrlicher Willensakt des aus seinem Streit mit den Kölnern bekannten Erzbischofs Konrad von Hochstaden, zu dem Zwecke, in den von der *universitas* mitgewählten *officiati* „die popularen Elemente gegen die herrschenden Familien auszunutzen“ (s. die Urk. v. 1259

Texte S. 45 und Einl. S. 18). Gerade diese Tendenz gab ihm auch die Einführung des ungewöhnlichen Titels „*officiati*, Amtmänner“ statt des üblichen „*consules*“ ein, welcher letztere erst nach mehr als einem Jahrhundert wieder der alleinherrschende wurde. Der Dualismus setzte sich in den Ämtern der Stadt fort, vor allem im Bürgermeisteramt, das bis zuletzt doppelt, nämlich mit einem der *scabini* und einem der *officiati* oder *consules*, einem Schöffen- und einem Ratsbürgermeister, besetzt wurde. Aber den patrizischen Charakter der Verfassung, der eben doch auch auf das Kollegium der *consules* übersprang, hat er auf die Dauer nicht zu bannen vermocht. Die Lebenslänglichkeit der Schöffen- und Ratsherrenämter und die Gepflogenheit, die Neuwahlen für vakante Ratsherrenstellen bis zu geeigneter Zeit hinauszuschieben, leisteten der Befestigung der Geschlechter immer wieder Vorschub (Einl. S. 64). Freilich erreichten demokratische Bewegungen im 15. Jahrhundert die Schaffung eines aus den 6 Kirchspielen — künstlich gebildeten Administrativbezirken, nicht kirchlichen Bezirken (Einl. S. 66) — gewählten Gemeindeausschusses von 24, der seinerseits nunmehr allein die Ratsherren, aber wiederum auf Lebenszeit, zu wählen und bei einer Reihe von Verwaltungsakten mitzuwirken hatte. Und es kam im Reformationsjahrhundert durch Verschwisterung der Demokratie mit der neuen Lehre zu heftigen Kämpfen der protestantischen „24“ mit den Geschlechtern. Der Erfolg war, namentlich solange auf dem kurfürstlichen Throne selbst die religiöse Haltung schwankte, ein wechselnder. Aber schließlich führten die sich anschließenden kriegesischen Ereignisse, der Truchsessenkrieg, die Eroberung der Stadt durch den Herzog von Parma im Jahre 1586, von der sie sich nie recht wieder erholte, zur gewaltsamen Unterdrückung der Reformation und der Demokratie, die ihren rechtlichen Ausdruck in der bereits erwähnten, die stadt- und landesherrliche Autorität aufs neue stabilisierenden kurfürstlichen Polizeiordnung von 1590 fand (abgedruckt als letzter der Stadtrechtstexte S. 20 ff.). Erstand auch hiergegen noch einmal eine stürmische Opposition, eine revolutionäre „Gemeindeherrschaft“ unter dem Volkstribun Peter Lör, einem Reformierten (1593—1603), so war doch nach dessen Gefangennahme und religiöser Bekehrung das Regiment des Rates und der Geschlechter fürderhin nicht mehr ernstlich bestritten und durch eine konsequente Einschrumpfungstaktik (Herabsetzung der Mitgliederzahl der beiden Ratskollegien und des Gemeindeausschusses) noch weiter gesichert. Nur nach oben hin, gegenüber der erstarkenden Landesherrschaft, mußte man sich in der Folge — trotz zum Teil zähen Widerstandes, z. B. in der Frage der Kriminaljurisdiktion — noch manche Einschränkung gefallen lassen.

Auffallend ist die untergeordnete politische Rolle der Handwerkerzünfte. Sie erlangten als solche niemals ein Recht auf die städtischen Ämter oder auf Mitwirkung bei ihrer Besetzung, mochte das Patriziat auch aus den Kreisen der jeweilig reichsten und angesehensten Zünfte manchen Zuwachs erhalten (siehe Einl. S. 65. 94 und über das zeitweise Dominieren der Brauer S. 82f.). Auch die „24“ wurden

ja, wie erwähnt, nicht von den Zünften, sondern von den Kirchspielen gewählt. Das hat offenbar wirtschaftliche Gründe. Gewiß ist auch an der Stadt Neuß der allgemeine Aufschwung des Handwerks und des Handels am Ausgang des Mittelalters nicht vorübergegangen. Die Nachrichten über die einzelnen Zünfte, die Lau (Einl. S. 71 ff.) zusammenstellt, legen davon Zeugnis ab. Ebenso Zollfreiheiten für die Neußer Bürger am Rhein (Kaiserswerth, Bonn) und in Dänemark (s. z. B. Texte S. 40, 46, 58). Der Durchgangsverkehr auf dem Rhein, namentlich in Wein, war kein unbedeutender (Einl. S. 118). Die Neußer Weber besuchten noch 1498 die Frankfurter Messe (s. den Amtsbrief für das Wollenamt S. 176 Ziff. 6). Lombarden saßen als Geldwechsler und Bankiers in der Stadt (Einl. S. 71, Texte S. 61). Aber daneben behauptete sich von Anfang an ein starkes agrarisches Element. Viehzucht und Landwirtschaft wurden nicht bloß für den Haus- und Gewerbebedarf betrieben. Die Stadt Neuß hatte innerhalb des weitgezogenen „Burgbannes“ (Bannmeile) große Allmenden und Gemeinweiden in der Nachbarschaft, für deren Erhaltung sie bei ihren Erzbischöfen (vgl. die Texte S. 42, 43, 63f.) eifrig Sorge trug. Der älteste der abgedruckten stadtrechtlichen Texte ist ein regelmäßig abgefragtes Weistum von ca. 1340 (das sogen. Weistum der drei Achten) über die Grenzen des Burgbannes und das sonstige Gemeindeland und die Fisch- und Weiderechte der Stadt auf diesen Ländereien. Die Regelung der Feldpolizei nimmt einen breiten Raum ein (s. das Nähere Einl. S. 109 ff.). Im 17. Jahrhundert kam es sogar in Opposition gegen die geplante Verengerung der Gemeinweide zu „Agrarunruhen“ innerhalb der Bürgerschaft, die sich mehrfach wiederholten (Einl. S. 47). Nach Lau (Einl. S. 178) „darf man sagen, daß Neuß vom 13. bis 16. Jahrhundert zugleich Agrar- und Handelsstadt, später (nach der Eroberung und dem Brande von 1586) aber vorwiegend nur Agrarstadt war“. So vermochte eine eigentliche Zunftherrschaft in der Stadt nicht Fuß zu fassen.

Von ganz hervorragendem Interesse, in dieser Weise, soviel ich weiß, anderwärts noch nicht behandelt, sind gewisse Zusammenhänge, auf die Lau in seiner auch sonst sehr eingehenden Finanzgeschichte der Stadt hinweist. Der jeweilige Stand der städtischen Finanzen, ob die Stadt fähig war, ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Kölner Gläubigern, ihren hauptsächlichlichen Kapitalgebern, nachzukommen, oder ob Finanzkrisen ihr dies erschwerten oder unmöglich machten, wird von Lau (S. 164 ff.) aus den Kölner Geleitsregistern abgelesen. Denn solange das letztere der Fall, drohte allen Neußer Bürgern in Köln der Repressalienarrest — ein *terminus technicus* der rechtsgeschichtlichen Literatur, den Lau freilich selbst nicht gebraucht. (Vgl. darüber Hermann Rudorff, Zur Rechtsstellung der Gäste im mittelalterlichen städtischen Prozeß passim, und meine Besprechung in dieser Zeitschrift Bd. 28 G. A. S. 503 f., auch Historische Zeitschrift Bd. 101 S. 511f.) Sie mußten gewärtig sein, sobald sie sich in Köln blicken ließen, wegen der rückständigen Schulden ihrer Heimatstadt mit Leib und Gut „bekümmert“, d. h. arrestiert zu werden. Und nur ein von

Köln aus erteiltes Geleit hätte sie davor schützen können. Ein solches wurde jedoch eben, wenn Neuß schlecht oder gar nicht nach Köln zahlte, überhaupt nicht oder nur „exceptis civibus“, d. h. nur im Verhältnis zu auswärtigen, nicht aber im Verhältnis zu den Kölner Gläubigern, gewährt. So lassen die Kölner Geleitsregister mit ihren Einträgen über derartige nur beschränkte Geleitserteilung oder über gänzliche Geleitsverweigerung gegenüber den Neußer Bürgern einen Rückschluß auf die jeweilige Finanzlage der Stadt Neuß zu. — Gänzlicher Ausschuß des Reppsalienarrestes für jede fremde Schuld war den Neußern in einem Gegenseitigkeitsvertrag mit Koblenz von 1293 und in einem Geleitsprivileg der Stadt Roermond von 1360 zugesichert (Texte S. 49 und 78, vgl. dazu Rudorff a. a. O. S. 64f., meine Bemerkungen in Hist. Zeitschr. Bd. 101 S. 513, auch Otto Stolz in Zeitschr. des Ferdinandeums, III. Folge, Heft 53 S. 33ff., 85).

Auch sonst ist die rechtsgeschichtliche Ausbeute, welche die Einleitung und die Texte der Neußer Edition gewähren oder versprechen, offensichtlich nicht gering. Ich verweise z. B. auf das, was Lau (Einl. S. 5ff.) über die Oberhofsverhältnisse vorträgt. Neuß lebt nach dem Recht von Köln und nimmt dorthin seinen Rechtszug, ist selbst aber Oberhof für eine ganze Anzahl niederrheinischer Städte, darunter Rees, Xanten, Mörs, Krefeld. Eine Sammlung von Rechtweisungen der Stadt Neuß für Xanten und Rees, vornehmlich aus dem 15. Jahrhundert (Texte S. 3 ff.), bietet einen anschaulichen Richtsteig, darin eine klare Darstellung der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen (Reihenfolge: Fahrnis, Liegenschaften, zeitlich begrenzte öffentliche Schuldhaft, zuletzt private Schuldhaft beim Gläubiger in infinitum bis zur Schuldtilgung) und in Ziffer 13. 19. 20. 33 Sätze über Fremdenarrest und Gastgericht (siehe auch S. 15 Ziff. 1). Ziff. 20 ist ein neuer Beleg für meine Auffassung des städtischen Gastgerichts als eines Ausgleichs für die im Fremdenarrest liegende Bedrückung (Hist. Zeitschr. 101 S. 517). Nach den Statuten und dem Gerichtsgebrauch des 15. Jahrhunderts (Texte S. 11 ff.) ist Pfändung nur auf Urteil zulässig, außer wegen Erbzins und Rente, für die der Schöffenbrief exekutorische Urkunde ist. Ebendort (Ziff. 8) ist das Repräsentationsrecht der Enkel statuiert. Totschlag, für den kein Kläger da ist, wird von Amts wegen gemäß Kölner Recht mit Stadtverweisung bestraft (Ziff. 11), das Brandmal ist als Strafe verpönt (Ziff. 25). Das Ausbürgertum fesselt mehrfach unsere Aufmerksamkeit. Trotz der reichsgesetzlichen Verbote arbeitete die Stadt immer wieder mit diesem Mittel militärischer und politischer Machtstärkung. Unter den Beschwerdepunkten des Erzbischofs gegen die Stadt, die der schiedsrichterlichen Entscheidung des Erzbischofs und Domkapitels von Trier im Jahre 1373 unterbreitet wurden, war auch, daß die Stadt „Landesherrn und andere mächtige Leute“, darunter besonders den Herzog von Jülich, als Mitbürger ohne Genehmigung ihres Herrn aufgenommen habe (Texte S. 87 Ziff. 9). Der Schiedsspruch erklärte dies für rechtswidrig angesichts „der privilegien, die wir gesehen han mit unsers herren des . . . keyzers gulden bullen versiegelt“ (siehe Goldene Bulle

Kap. 16) und legte der Stadt die Aufkündigung jener Ausbürgerschaften zur Vermeidung einer Geldstrafe auf (S. 100f. Ziff. 9). Dessenungeachtet quittierte in einer Urkunde von 1388 (die leider S. 113 nicht vollständig abgedruckt ist) der Herzog von Jülich schon wieder über den Empfang des ihm von der Stadt „van unser burgerschaffe zu Nusse“ gezahlten Jahresgehalts von 60 Mark köln. wie über den Empfang aller früheren Termine. Man sieht: die Stadt ließ sich diese Mitbürger etwas kosten. Siehe auch den (S. 107 voll abgedruckten) Ausbürgervertrag der Stadt mit Hermann v. Goch, Siegler des Hofes zu Köln, von 1381 und Einl. S. 22f. In der Urkunde des Erzbischofs Konrad von 1259 (Texte S. 45 f.) erhielt die Stadt das Recht zugesichert, „pro necessitate communi“ eine Steuer unter den Bürgern in der Weise umzulegen, daß „pauperes cum divitibus equo modo iurent, ut de qualibet marca . . . iuxta suas persolvant proporcionaliter facultates“. Also eine direkte prozentuale Vermögenssteuer. War sie nur vom Grundbesitz zu zahlen? Lau (Einl. S. 127 f.) hält es für wahrscheinlich. Dagegen spricht der von jedem Steuerpflichtigen zu leistende Eid. Eine der späteren Erneuerungsurkunden, die von 1310, sagt noch deutlicher: „pauperes cum divitibus, quilibet sub iuramento suo de qualibet marca, . . . iuxta suas etc.“ Eine solche eidliche Vermögensdeklaration war, wenn allein von den öffentlichtaxierten Grundstücken gesteuert wurde, nicht nötig. Auch nach dem ältesten Breslauer Stadtbuch mußten „pauper et dives“ bewegliches Gut „vorschossen“ (Rehme, Breslauer Stadtbücher S. 2 und dazu H. Meyer in dieser Zeitschr. G. A. 31 S. 607). Der städtische Schoß blieb also nicht überall eine bloße Grundsteuer. Später trat die direkte Steuer in Neuß hinter den indirekten Steuern (Akzise) ganz zurück. Schließlich sei noch erwähnt, daß Lau auch hier, wie in Siegburg, die älteste vollständig erhaltene Stadtrechnung (1501/02) abgedruckt und je eine Stadtrechnung aus der Zeit unmittelbar vor und nach der Eroberung von 1586 statistisch zum Vergleich verarbeitet hat (S. 360—450).

Nur ein Landstädtchen von minimaler städtischer Entwicklung war Blankenberg an der Sieg. Es ist seit der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert infolge der Abschaffung des Magistrats wieder zum Dorf herabgesunken. Wir erfahren nichts von irgendwelcher Zunftbildung; der bäuerliche Charakter blickt überall durch. Es entstand als Appendix einer 1180 oder 1181 gegründeten Gräfllich Saynschen Burg, die schließlich Bergischer Besitz wurde. Einer gütigen Laune des Burgherrn und seiner Gemahlin verdankte der Ort das Stadtprivileg von 1245, das uns nur in Abschriften einer 1450 vom Stadtherrn bestätigten deutschen Übersetzung des lateinischen Originals erhalten ist und das erste und wichtigste der im ganzen nur 20 Textstücke der Edition bildet. Es hat den typischen stadtrechtlichen Inhalt seiner Zeit, als da Vorschriften gegen den gerichtlichen Zweikampf, über das Selbstergänzungsrecht der Schöffen, über obligatorische gerichtliche Auflassung, über Freiheit des Bürgers von Besthaupt und Buteil, von Klagladung während der Jahrmarktszeit, über Ausschluß der „Gefahr“ im Prozeß, über Schoßpflicht nur für innerstädtischen

Grundbesitz, Freiheit von Einquartierungslast. Die Einleitung Kaebers verbreitet sich namentlich über die Gerichtsverfassung und die Stadtverwaltung, die immer vom Stadtherrn stark abhängig blieben, in sorgfältigen Ausführungen.

Noch viel kürzer war ehemals die Laufbahn von Deutz als Stadt im Rechtssinn. Die an das alte Römerkastell angelehnte Siedlung taucht in den Urkunden seit 1230 als „civitas“ auf. Aus Anlaß der Verpfändung der Stadt seitens des Kölner Erzbischofs als des Grund- und Landesherrn an den Grafen von Berg entstand 1289 eine Stadtrechtsaufzeichnung als Schöffenweistum, womit die Edition ihre Texte eröffnet. Aber schon 1386 meldet ein auf gemeinsames Begehren des Erzbischofs und des Herzogs von Berg erteiltes Schöffenweistum (S. 142 Ziff. 1), daß Deutz „vormals ein Schloß und Stadt gewesen sei und noch heutigen Tages eine Freiheit sei“. Von da ab wird die Bezeichnung „Freiheit“ neben dem gelegentlichen Gebrauch von „Dorf“ die herrschende. Der Grund für diese Wandlung lag nicht in den wirtschaftlichen Vorbedingungen (siehe über die Zünfte und Bruderschaften S. 130 ff.). Seine Lage gegenüber dem übermächtigen Köln und als Streitobjekt in den fortwährenden Kämpfen zwischen dieser Stadt, dem Erzbischof und dem Herzog von Berg wurde vielmehr dem Ort zum Verhängnis. Immer wieder wurden die Befestigungen zerstört und die Mauern niedergelegt, und es wurde damit die Stadt zum offenen Markt, zur „bloßen Freiheit“ degradiert (ein vortrefflicher Beleg für die Bedeutung der Ummauerung als eines wesentlichen Merkmals der mittelalterlichen Stadt) und dadurch natürlich auch die wirtschaftliche Entwicklung niedergehalten. Die wechselvolle Stadtgeschichte, die uns Hirschfeld in der Einleitung erzählt (S. 101 ff.), macht dies alles vollkommen begreiflich. Sie hat auch die Gerichts- und Verfassungsverhältnisse sehr verwickelt gemacht, die ohnedies schon durch das Nebeneinanderbestehen der kurfürstlich-landesherrlichen und der herzoglich-bergisch-vogteiherrlichen Rechte sich komplizierten. Die ersteren sind von den letzteren niemals auf die Dauer verdrängt worden, und man könnte sich fragen, ob die Publikation Deutz nicht richtiger unter die Kurkölnischen Städte hätte einreihen sollen. Eine Besonderheit der Gerichtsverfassung war auch, daß das Deutzer Gericht sich über den Ortsbezirk hinaus auf 5 benachbarte, im „Beifang“ gelegene Dörfer erstreckte (s. das Weistum von 1289 Ziff. 5 S. 139 und dazu Einl. S. 118. 122), also kein exklusives Stadtgericht war, und dies auch zu einer Zeit, als Deutz noch Stadt war. Hirschfeld will dies weniger auf die Unvollkommenheit des städtischen Wesens als auf die Isoliertheit und Kleinheit der von Deutz und jenen Dörfern gebildeten übrerrheinischen Enklave des erzbischöflichen Territoriums zurückführen.

Deutz wie Blankenberg zeigen uns, wie gerade auch die Geschichte und Quellen solcher in der Entwicklung stecken gebliebener Städte manches Lehrreiche zu bieten vermögen.

Freiburg i. Br.

Alfred Schultze.